

PROTOKOLL-11-2-70-PJ-PRODUKTION:

(Tops: Organisationsfragen, Kontakte)

1. Aktuelle Fragen der verbindlichen Organisierung

- 1.1. Möglichkeiten, bzw. Unmöglichkeit der Teilnahme und Mitarbeit neu hinzugekommener Interessierter; Versuch einer Bestimmung von Verbindlichkeitskriterien:
 - 1.11 Teil der Arbeit im PJ-Prod. muß sein die Mitarbeit in den Basisgruppen, um eine Rückkoppelung der erfahrenen neuen Inhalte an die Hochschule zu gewährleisten
 - 1.12 Teilnahme an Schulung wird als selbstverständlich vorausgesetzt
- 1.2 Kaderbildung (Schließung der Gruppe) wird angesprochen; diese wird bewußt bestimmten antiautoritären Prinzipien nicht gerecht z.B. sich vor ewig zweifelnden Geistern zu legitimieren, die nichts tun, ausser zu meinen: "Aber Gen., da muß man doch die Frage stellen, ob, ... nicht oder doch... natürlich dialektisch... jenes u. auch dieses dabei bedacht werden muß". Arbeitsökonomische Gesichtspunkte lassen es ratsam erscheinen, solche u.ä. Diskussionen zu vermeiden, die Anzahl der teilnehmenden Genossen auf den momentanen Stand zu begrenzen.
 - 1.21 Legitimation dafür ergibt sich aus der "Geschichte" des PJ-Prod., der Resultat eines kontinuierlichen Diskussionsprozesses bezogen auf die Neubestimmung der Hochschulpolitik durch die Ansätze im Produktionsbereich war. Vorrangig waren (in der Vorbereitung des Hochschulseminars, Jan. 70) beteiligt: BG-SOZ/POL, BG-PSYCH (teilweise), nach dem HS: BG-WISO, BG-JUSTIZ (Arbeitsrecht), Gruppe Arbeitsmedizin.
2. Berichte der Kontaktgruppen
 - 2.1 Salz-Hochallee
 - 2.11 Das in Aussicht gestellte Papier über die politischen Implikationen der Betriebsarbeit, das das Salz einbringen wollte in die Diskussion, lag noch nicht vor. Folglich wiederholte sich die Besprechung zwangsläufig in dem Zitieren allumfassender Notwendigkeiten.
 - 2.12 Zweifel an der Verbindlichkeit der Salz-Kontaktkommission führten zu dem Vorschlag, den nächsten Termin mit einer umstrukturierten Kommission anzusetzen, damit der laufende Klärungsprozess im Salz zugänglicher wird (es soll nicht eingegriffen werden!) und das potentielle Agitationsfeld (das sich per Disk. abzeichnen müßte) näher bestimmt werden kann.
 - 2.2 Teilnahme am offiziellen Treffen von ML/DKP/AUSS
 - 2.21 Die Gruppen bilden ein "Aktionsbündnis" für praktische Zus.arbeit (monatl. Plenum)

2.22 Plan einer Strukturanalyse

-Analyse eines Stadtteils(Harburg:Schwerpunktindustrie"Chemie"; Wohnsituation(Frageaktion DKP);mittlere und Handwerksbetriebe u.ihre Verpflechtung mit den Konzernen;Partei u.Gewerkschaftsinstitutionen in Harburg.

2.23 Beurteilung u.Kritik dieser Arbeit:

2.231ML'Position ist ausgerichtet auf die Ausnutzung der DKP-Zellen in Harburger Betrieben.Dieses praktische Interesse führt zur Ausklammerung der politischen Diskussionen und Konsequenzen,zumindest vorläufig.Mitarbeit der Studenten ist in loser Angliederung erwünscht.Ihre politische Mitwirkung soll offensichtlich so gering wie möglich gehalten werden.(s.u.)

2.232DKP-Position:Skepsis gegenüber allen anwesenden pol.Gruppierungen wegen angeblich negativer Erfahrung mit Bergedorfer Stadtteilgr. die in Harburger Phönix-Werken Agitation von aussen betrieb,was mit der Politik der LKP kollidiert.in klitzekleinen Schritten Vertrauenspöstchen erheischen,um dann...; per Fragebogen elementarste Sorgen und Nöte der Bewohner herauszufinden,auf Veranstaltungen deklamatorisch Abhilfe verlangen,so Identifikation mit der Partei aber auch mit den bürgerlichen Institutionen herzustellen,es scheint zumindest so,dass die Notwendigkeit einer Selbstorganisierung,einer eigenständigen Bewußtwerdung bei dieser Politik übersehen wird.

2.233Neben dieser Kritik wurde der Ansatz der Analyse als zu begrenzt bezeichnet,Erweiterung auf den Raum HH angesprochen.
Am Rande wurde die Arbeit der Bergedorfer in Harburg erwähnt,s.o. ihre Erfahrungen mit der der DKPkonträren Konfliktstrategie wären zu eruieren.

2.3 Treffen mit SALZ-ML

2.31 Modelle der studentischen Mitarbeit

-Ausarbeitung von Schulungskursen(der Vorschlag beinhaltete eine etwas fragwürdige Verwertung bürgerlicher Wiss.-Disziplinen), die Mitarbeit ist als "beratende Funktion"zu bezeichnen.
-ständige Mitarbeit,z.B.an Strukturanalyse,sollin loser Angliederung stattfinden,Beschränkung auf theoret.Arbeit,Zulieferfunktion
-politisch organisatorische Integration ist über längeres Jobben in einem zu bestimmenden Betrieb,über Mitarbeit in pol.Einheiten u. andere Bed.zu erreichen.

2.32 z.Zt.bestehen Unklarheiten über die Abgrenzung der Bereiche, die die Bezirksgruppen der MLanalytisch bearbeiten.Entscheidung über mögliches Untersuchungsfeld des PJ-Prod. kann deshalb nicht gefällt werden.

2.4 Auswertung der Kontakte

2.41 Es ergaben sich keine Abklärungen der pol. Prinzipien ,nach denen sich unsere analytische Arbeit ausrichten liesse.

2.42 Salz-ML hat allerdings im Gegensatz zum Salz-Hochallee klare Fragestellungen, die offenbar aus der praktischen Arbeit ihrer pol. Einheiten hervorgeht.

2.43 Entscheidungsfrage der Mitarbeit in Teilanalyse (Harb.) oder/und globaler Regionalanalyse (S.-Hochallee) kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geklärt werden.

3. Weitere Schritte: "Intensivierter" Kontakt zum Salz-H.

Kontakt mit Bergedorfer u. Salz-ML

Sortierung der Karteikarten

Bericht der Arbeitsrechtler

2 " Arbeitsmediziner

Erstellung einer Namensliste

=====Protokoll Projektbereich Produktion 18.2.70=====

- A Organisatorisches
- B Arbeitsrechtsgruppe und Arbeitsmedizin
- C Zur weiteren Arbeit des Pb Prod.

A -- HWWA-Gruppe trifft sich am 25.2., um ihre Ergebnisse so zu systematisieren, daß allen Genossen die Einschätzung der Fündigkeit in Bezug auf spezielle Fragestellungen u. die Benutzung des HWWA möglich wird.

-- montags 18 Uhr s.t. Pb Prod. ESG

-- mittwochs 18 Uhr Schwimmen und Fußball in der Sporthalle am Turmweg

B = Verhältnis der Arbeitsrechtsgruppe zum PP s.auch Protokoll 4.2.

Man will die spezifische Qualifikation einbringen und mit anders qualifizierten Intellektuellen auf dem Boden des wiss. Sozialismus arbeiten. Über praktische Arbeit in Betrieben und Verbänden soll Erfahrung über tatsächliche Rechtsverhältnisse dort gesammelt werden. Daneben muß die Rolle des Staates in und zu den Betrieben und Gewerkschaften analysiert werden (Stabilisierungsgesetze, Interventionsrecht, Tarifrecht usw). Rechtshilfe soll im Rahmen der These 9 "Rote Hilfe" (RPK 43/45 Seite 13) ausgebaut werden. Kontakte bestehen zur ML im Hinblick auf eine Arbeiterschulung.

Die Arbeitsrechtsgruppe schickt jeweils diejenigen als Delegierte in den PP, die entsprechendes recherchieren.

Die Projektgruppe Arbeitsmedizin ist erst dabei sich zu konstituieren. Die erste Selbstdarstellung liegt als Vervielfältigung dem PP vor.

C = Zur Arbeit der Proj.gr. Produktion

Bisher ist nicht zu bestimmen, ob der PP eine Art Delegiertenrat für Genossen ist, die schwerpunktmäßig fachbereichsbezogen arbeiten, oder ob sich ihre Aufgabenstellung vorzugsweise aus dem Arbeitsplan der PP ergibt. Dieses und die Art und der Umfang der Rückvermittlung in den Lehrbetrieb muß abgeleitet werden aus einem detaillierten Bericht der einzelnen Gruppenmitglieder zur : Arbeit ihrer BG oder PG im letzten Semester
Qualifizierung auch in Bezug auf G-u.L-Schulung
Speziellen Hochschulpolitik
Vorstellung über Arbeit im PP

Zum weiteren Vorgehen der PP-Gruppe

- a) Grobe Strukturanalyse der Region (spez. Harbg)
- b) Grobe Einschätzung der bisher kontaktierten

Gruppen in Bergedorf, Harburg, und des Stadtteilen

- Aus a) und b) lassen sich eventuell erste Kriterien entwickeln für eine
- 1) fundiertere Strukturanalyse
 - 2) eine totale oder partielle Zusammenarbeit mit einer bestehenden Gruppe oder Organisation
 - 3) eigenen Ansatz in den genannten oder in unerschlossenen Betrieben oder Stadtteilen.

Wichtig scheint eine Auseinandersetzung mit der DKP
im Hinblick auf

Taktik und Strategie

Betriebsarbeit

Ideologische Positionen

Organisation

Generelle theoretische Einstellung

Dazu Lektüre für alle : "DKP - eine neue sozialdemokratische Partei"
-PG DKP und Rabehl ; Oberbaumpresse 1969

Ebenso ist eine Auseinandersetzung mit dem Schulungsansatz und
der Betriebs- und Stadtteilarbeit der ML vorzubereiten.

Daraus folgt :

Einschätzung der DKP und ML - Arbeit in Harburg

Darlegung ihrer Entscheidungskriterien für Arbeit in Harburg

Einschätzung einer Zusammenarbeit

TOPs:

1. Berichte über Kontakte mit SALZ, APO Bergedorf wurden vorgelegt, aber nicht diskutiert; ein Bericht über den Arbeiterbund (ML) folgt.

2. Ein Papier über die DKP (anhand der Analyse der FU-Projektgruppe & Rebehl) wurde vorgelegt. Eine Kritik an der praktischen Arbeit der DKP ist z.Zt. aufgrund fehlender Erfahrung in der Zusammenarbeit nicht möglich.

3. Strukturanalyse: Die Gruppe hatte zu einer Hamburg-Karte 2 Folien gemacht, auf denen

a) Hamburger Produktionsbetriebe mit mindestens 1000 Arb. bzw. 100 Mill. DM Umsatz nach Branchen differenziert eingezeichnet waren,

b) Wohnviertel mit mindestens 57 % Arb. & höchstens 19 % Angest. lokalisiert waren.

Die angelegten Kriterien sind wenig aussagekräftig & nicht aus konkreten Diskussionen mit Betriebsgruppen hervorgegangen. Erwähnt wurden eine Reduktion auf 300 Arb. bzw. die Einbeziehung der Geschichte der Betriebe ("rote" Vergangenheit etc.).

4. Projektgruppe Arbeiterorganisation im SHB: ein Bericht steht noch aus.

5. Allgemeines: Durch die Anwesenheit einer Reihe nicht ständig mitarbeitender Genossen, die die Arbeit des Projektbereichs abstrakt "revolutionstheoretisch" kritisieren, wurde eine allgemeine Diskussion entfacht, die in früheren Protokollen teilweise bereits enthalten ist. Dieser Gruppe wurde entgegengehalten, daß die Definition eines eigenen Standpunktes innerhalb des PP z.Zt. nur sehr begrenzt möglich ist (z.B. gegenüber der Theorie vom friedlichen Übergang zum Sozialismus), da eine Klassenanalyse nicht vorhanden ist. Die Entwicklung verläuft z.Zt. noch sehr naturwüchsig & kann erst über die praktische Zusammenarbeit mit den Stadtteilbasisgruppen zu einem besseren Selbstverständnis & einer genaueren Perspektive führen. Damit hängt die Schulung eng zusammen: Die Schulung wird in den am PP beteiligten Gruppen mit unterschiedlichen Programmen teils verbindlich, teils weniger verbindlich gemacht. Eine genaue Funktionsbestimmung liegt noch nicht vor, ebenso wenig Klarheit darüber, inwieweit der PP eine eigene Schulung für seine Mitglieder durchführen sollte. (Frage, ob es sich um ein eigenständiges "Kader" oder um eine aus Delegierten der beteiligten Basisgruppen bestellte Gruppe handeln soll)

Daran schließt an das Problem der Rückvermittlung praktischer Wissenschaftskritik an die Uni (Reorganisation der Psychologenbasisgruppe) & allgemeiner die Frage nach den Aufgaben der Intelligenz in der kommunistischen Bewegung, die sich nur in der theoretisch-praktischen Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den Stadtteilbasisgruppen inhaltlich besser beantworten läßt. Die Rückvermittlung an die Uni soll über die PP-Kader in den (re)organisierten Basisgruppen ermöglicht werden (Arwed bezeichnete als die 3 Aufgaben der Soz./Pol Basisgruppe die Mitarbeit bei der Betriebsarbeit, die Qualifizierung für diese Arbeit & den ideologischen Kampf an der Uni, der inhaltlich durch die Betriebsarbeit (mit)bestimmt werden soll.

Die Ergebnisse dieser Diskussion sollen am Sa., 7.3. 15.00 zusammengefaßt als Leitlinien & Statut für den PP diskutiert & verabschiedet werden. Daran soll sich eine Diskussion über Punkt 1. - 3., die Organisation der Rückvermittlung & die Schulung anschließen.

PROTOKOLL-7-3-70-ZELLE PRODUKTION:

- (Besprechung der Punkte 1. Leitlinien-Papier
2. Statut der "Zelle Produktion"
3. Strukturanalyse/Kontakte

1. Das Papier zu den Leitlinien der sich konstituierenden "Zelle Prod." wurde kurz durchgesprochen. Es war von den Mitgliedern am Vortage diskutiert und entsprechend überarbeitet worden, so daß der Diskussion revolutionstheoretischer Ansätze nicht punktuelle und Formulierungsfragen im Wege standen. Trotzdem blieben Einwände von der Seite aus, die während der vorhergegangenen Sitzung uns die Zeit stahl mit der Forderung nach globaler Überprüfung des praktisch-politischen Ansatzes.

2. Statut

2.1 Ergänzungen und Veränderungen:

- tangierende Studienrichtungen an Bsp. erläutern (2. Absatz)
- "Teilnahme an der Institutspolitik" beinhaltet auch die Tätigkeit der im Beruf stehenden Genossen, wird aber nicht ausformuliert, da Berufstätigkeit bislang noch Einzelfall (1.b)
- "Übernahme von Routineaufgaben" läuft vorläufig auf freiwilliger Basis, trotzdem aber Listennachweis, um im Fall, wo Freiwillige Übernahme ausbleibt, auf die hinweisen zu können, die seltener Routine-sachen gemacht haben. (1.b)
- eingefügt wird nach "bestätigt werden" (1.a):
- der Vollmitgliedschaft geht eine vierwöchige Kandidatenzeit voraus. Der Kandidat ist zur Übernahme von zwei Hauptaufgaben verpflichtet. Er hat in allen Gremien Rede-, aber kein Stimmrecht! Durch erneute positive Abstimmung wird der Kandidat Vollmitglied.
- zu d) Das Plenum ist verpflichtet im Rahmen unserer Bezugsgruppen Öffentlichkeitsarbeit zu leisten
- zu e) Statutänderungsvorschläge und relevante politische Entscheidungen sind den Mitgliedern 3 Tage vor Entscheidung bekannt zu machen.

2.2 Per namentlicher Abstimmung wurde das Statut (ebenso die Leitlinien) akzeptiert. Und die Veröffentlichung in der Apo-Press beschlossen.

2.3 Vorschläge für Neuaufnahmen:

- Kurt v. Krosek, 1. Sem. Theol/Soz., bisherige Mitarbeit Soz./Pol Bg und Schulung
Detlef Buhlenbrock, 1. Sem. Psych, seit Jan. Soz./Pol. Schulung, BG Psych.
Malte Rademacher, 2. Sem Soz/Pol., BG Soz/Pol, Schulung
Diese Vorschläge wurden als Kandidaten angenommen.

PROTOKOLL - 9. 3. 70 - STUDENTISCHE ZELLE PRODUKTION

- Tagesordnung: 1. Neuaufnahme von Kandidaten
2. Schulung
3. Institutspolitik
4. Bericht von ML-Besprechung vom vorhergehenden Sonntag
Diskussion zu DKP und Gewerkschaftsfrage

1. Es werden Kandidaten für die ZP vorgeschlagen, die bislang regelmäßig in der Projektgruppe Arbeitsrecht des KLI mitgearbeitet haben
- 1.1. Thomas Crasemann(Jur.), 2 HH 13, Hochallee 21 410 49 61
 - 1.2. Andreas Kühn(Jur.), hat mittlerweile zurückgezogen
 - 1.3. Hartmut Scharmer (Jur.) 2 HH 13, Hochallee 21 (ab 1.4.) 410 49 61
 - 1.4. Lorenz Schwegler(Jur. Ref) 2 HH 13, Hochallee 21 (ab ca. 15.4.)
gegenwärtig noch 2111 Steinbeck/Buchholz,
Sprötzer Weg 67 04181/6573
 - 1.5. Fritz Tiemann (Jur) 2 HH 46, Spielbudenpl. 18 319 39 67

Alle 5 Vorgeschlagenen werden ohne Gegenstimmen als Kandidaten für die ZP akzeptiert.

Der Stand und die Organisation der Schulung in den verschiedenen Basisgruppen wird festgestellt

- 2.1. BG Soz/Pol: die BG geht nach dem von ihr in der ZP verteilten Schulungsprogramm vor. Sie wird im Rahmen dieses Programms demnächst zu 2. (Staats- und Revolutionstheorie) kommen.
Es bestehen schon länger 2 Schulungsgruppen (eine einschl. ZP-Psychologen).
- 2.2. BG(?) Psych: die ca. 10 an der Schulung beteiligten Psych-Genossen gehen entsprechend dem Soz/Pol-Programm vor. Abweichend davon wurde allerdings ein Abschnitt zur Methode vorgeschaltet mit: Engels, "Feuerbach" (4. Abschn), Mao "Über die Praxis", Engels, "der status quo und die Bourgeoisie in Deutschland", vorgesehen ist in diesem Zusammenhang außerdem Marx, "Deutsche Ideologie", erste 80 Seiten, da "Feuerbach" teilweise für verkürzt gehalten wird.
- 2.3. BG WiSo: 5-6 Genossen wollen sich grundsätzlich an das Soz/Pol Programm halten, allerdings sind für die Kritik der bürgerlichen Makrotheorie im Rahmen der Institutspolitik im nächsten Semester an einigen Stellen in Punkt 1. (Politökonomische Kategorien und Grundlagen) des Programms Vertiefungen erforderlich, insbes. z.B. zum tendenziellen Fall der Profitrate. Da die Makrotheorie-Kritik bis zum Ende der Semesterferien geleistet werden soll, soll bis dahin auch 1. des Programms erledigt sein.
- 2.4. Jur(KLI): Es existiert bislang eine aus zwei Jur-Fak-Stud-Kollektiven zusammengesetzte Gruppe, in der "Lohnarbeit und Kapital" gelesen wurde und jetzt Sweezy, "Theorie der kapitalistischen Entwicklung" gelesen wird und zu der die Genossen Kühn, Scharmer und Tiemann gehören. Die anderen Genossen haben früher an "Kapital"-Schulung teilgenommen, sind aber gegenwärtig in keiner Schulungsgruppe (Gen. Schwegler allerdings in SALZ-Aufbauschulung). Unklar ist bislang, ob - ähnlich WiSo - im Rahmen des Soz/Pol Programms eine Vertiefung, insbes. in Bezug auf ~~das~~ Tauschphänomene erfolgen soll.
- 2.5. BG(??) Med.: Die Med-Schulungsgruppen, die ausgehend von der Roth-Konzeption "Kapital"-Schulung betrieben, sind zum Semesterende zerfallen. Zur Zeit existiert keine organisierte Schulung. Die Genossen Flüge und Hansen wollen an der BG Soz/Pol-Schulung teilnehmen und versuchen, dieses Schulungsmodell in der BG einzubringen.

Ergebnisse, Koordination zu 2.:

- Zu 2.1., 2.2.: Die Psych-Soz/Pol-Gruppe tagt Di und Fr
zu 2.1., 2.5.: Die weitere Soz/Pol-Gruppe tagt Mo, die Med-Genossen schließen sich ihr an.
Zu 2.3.: Die BG WiSo bildet eine weitere Gruppe
zu 2.4.: Die Jur-Genossen legen bis zum nächsten Mo ihre Schulungsvorstellungen vor.

3. Die Institutspolitik kann noch nicht inhaltlich diskutiert werden, da bislang nicht von allen BGen ausreichende Berichte zur Institutspolitik (Insbes. Perspektiven) vorliegen. Es wird festgestellt:
- 3.1. BG Soz/Pol: Ein ausführliches Papier liegt vor
 - 3.2. BG(?) Psych: Ebenfalls
 - 3.3. BG WiSo: Es wird ein neues Papier erstellt, das in der nächsten Woche vorliegen soll.
 - 3.4. Jur(KLI): Es liegt ein Papier "Zur Organisation des KLI" und ein Gegenpapier dazu "Nicht alles, was einem unklar ist, als Marxismus ausgeben" vor, die sich allerdings nur nebensächlich mit der Institutspolitik befassen. Das "Organisations"-Papier soll entsprechend ergänzt werden.
 - 3.5. BG(??) Med: Ein Papier kann erst im Laufe der nächsten Woche fertiggestellt werden, da Gruppenarbeit.

4. Ausgehend von der Frage an die Arbeiterbund-Kontaktgruppe nach der Stellungnahme des AB zur Frage der Konstituierung einer neuen Komm. Partei, wird vor allem das Verhältnis AB-DKP, darüberhinaus Gewerkschaften, diskutiert, da die Konstituierung einer neuen KP von den AB-Genossen mittlerweile ohnehin für falsch gehalten wird. Beabsichtigter DKP-Eintritt von AB-Genossen wird für wahrscheinlich gehalten. Anzeichen dafür: a) Aufgabe der eigenen Gründungs-Absichten b) teilweise enge Zusammenarbeit AB-DKP auf Betriebsebene, ähnliche Betriebsstrategie c) Unterstützung der DKP durch AB und AUSS im Bürgerschafts-Wahlkampf d) mögliche Einschätzung der DKP als Massenslinie des AB (als Kader).

Die Einschätzung der DKP als Massenslinie ist faktisch eine Täuschung. Die Hinwendung zur DKP könnte ein Versuch sein, an relevante Arbeitergruppen heranzukommen, da der AB nach wie vor eine proletarisch firmierende intellektuellen-Organisation zu sein scheint.

Entsprechendes gilt für die Pläne, auf den unteren Gewerkschaftsebenen zu arbeiten und Vertrauensleute- und Betriebsratsposten zu erreichen. AB schätzt Gewerkschaften ohne weiteres als "die Organisation der Arbeiterklasse" ein. Gewerkschaftsfrage ist in der Tat von größerer Bedeutung als DKP-Frage.

Kein Abschließendes Ergebnis, da Informationen über tatsächliche AB-Pläne fehlen, ~~und~~ DKP-Kritik noch nicht hinreichend, Gewerkschafts-Kritik noch überhaupt nicht angegangen wurde.

Daher:

- 4.1. Bei der Sitzung der Strukturanalyse-Kommission am nächsten Sonntag soll nähere Information zum Verhältnis AB-DKP eingeholt werden. Zu dieser Sitzung geht die AB-Kontaktgruppe und die Strukturanalyse-Gruppe.
- 4.2. Es wird eine ZP-Untersuchungsgruppe zur Gewerkschaftsfrage gebildet (Milz, Hansen, Krings, Uhlenbrock, Schubert)

Tagesordnung für die nächste ZP-Sitzung am 16.3.70, 18 Uhr:
Diskussion des Arbeiterbund-Papiers und der Kontaktgespräche mit den RZ-Nord-Genossen.

Hamburg, den 15.3.70

Tagesordnung :

1. Kandidatenvorschläge 2. ML -Paper 3. Gespräch mit Arbeiter Bund
4. Weitere Kontaktgespräche 5. Plenums diskussion

1. Als Kandidat wurde Udo Meier vorgeschlagen, der seit Nov. in der Arbeitsrechtsgruppe des KLI mitarbeitet; davor Mitarbeit im AK-Justiz und ad-hoc-Gruppen. Vorschlag wurde angenommen.

2-3. Die Punkte 2. und 3. wurden in der Diskussion nicht von einander getrennt, sondern die Einschätzung der ML-Position ging praktisch in den Bericht über das Gespräch mit dem Arbeiter Bund mit ein.

Die Diskussion wurde von unserer Seite aus durch zwei Fragestellungen bestimmt: a. Welchen konkreten Betriebsansatz hat der AB?

b. Welches ist ihre Position gegenüber der DKP?

zu denen wir praktisch keine konkreten Informationen erhielten. Zu a. wurde vom AB aus argumentiert, ließe sich wegen der Gefährdung der Genossen im Betrieb nichts sagen (Verweis auf Salz-Hochallee). Da aber auch -außer einigen Grundsatzklärungen- über den organisatorischen Ansatz und das Potential nichts gesagt wurde, blieb das Argument einer Scheinrelevanz des AB nicht entkräftet. Zu b. Die zweite Frage, die die Erfahrung des AB auf Betriebsebene berührte "wir kommen an der DKP im Betrieb nicht vorbei" ließ einen klaren unterschiedlichen Ansatz gegenüber der DKP nicht erkennen. Der AB begreift die DKP als Ausdruck des Klassenbewußtseins der Arbeiter und versteht etwa die Rebehl-Analyse als linksradikalistisch, da sie nicht materialistisch ausgewiesen ist. Die konkrete Zusammenarbeit mit der DKP bzw. die Auflösung der eigenen Organisation ist allerdings nicht diskutiert.

Der Ansatz der RZ-Nord und der Roten Garde Kiel wird als bei Beschränkung der Arbeit im Vorfeld der Hauptwidersprüche abgelehnt. Da die Diskussion keinen Konsens erbrachte, wurde beschlossen, die grundsätzlichen Fragestellungen der ZP dem AB in Briefform vorzulegen und danach ein weiteres Treffen zu vereinbaren. Schon jetzt sollen sich die Struktur-Analyse-Gruppen zu einem Informationsaustausch über die bisher geleistete Arbeit zusammenfinden, und weitere Vorgehensweisen diskutieren.

Die Diskussion im Plenum über die Einschätzung des AB, in die die Kritik der RZ-Nord mit einbezogen wurde (DKP nicht Ausdruck des Klassenbewußtseins der Arbeiter, AB keine leninistische Organisation, siehe Paper 10. 3. 70) leitete zunächst über in eine Diskussion über die DKP-Betriebsarbeit. Hier wurde deutlich, daß tatsächlich eine Einschätzung dieser Arbeit durch den Mangel an primär-Informationen auf Betriebsebene schwierig

ist. Nach z.T. unterschiedlichen Ansätzen zur weiteren Vorgehensweise, einigten wir uns, eine Analyse der Gewerkschaftspolitik zu erstellen, die von der erweiterten Kontaktgruppe zum AB besprochen wird. Begründet wurde dieser Schritt:

- a. die Mitglieder der Gewerkschaften sind die bewußtesten Teile der Arbeiter, die schon die Notwendigkeit der Organisation erkannt haben.
- b. Gewerkschaften führen nicht nur ökonomischen Kampf, sondern auch politischen
- c. Analyse der Gewerkschaftspolitik ist primär deshalb, weil die EKP zumeist nur aus ihren Programmen abgeschrieben hat.

4. Weitere Kontaktgespräche:

a. Regional-Zentrale-Nord (siehe dazu auch Paper vom 10.3.70)

Die RZN - ehemals Bestandteil des Salz-ML - grenzt sich klar vom AB ab und leistet im angesprochenen Paper ausführliche Kritik am AB.

Die Zielvorstellung der RZN ist es, den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Jugendorganisation in Norddeutschland zusammen mit vor allem Kieler Gruppen vorzubereiten und ein einheitliches Organ für die norddeutschen Kader herauszugeben. Die Zusammenarbeit mit dem Salz-Hochallee wird zurzeit diskutiert. Für die Politik an der Hochschule hat die RZN Vorstellungen formuliert, die eine Zusammenarbeit mit der ZP ermöglicht (s. Paper)

b. Rote Garde-Hamburg

Die Rote Garde, bisher Jugendorganisation der KPD-ML, hat sich vom ZK der Partei getrennt und ist z.Zt. über 5 Bezirksbüros organisiert. Nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus. Die Rote Garde vertritt die Kader und die Massenlinie. Mitglied ist, wer an der Schulung teilgenommen hat. Dem untergeordnet sind die Studienkollektive, deren Teilnehmer noch keine Mitglieder sind. Ein organisatorischer Zusammenschluß mit dem Salz-Hochallee wird diskutiert unter der Bedingung, daß dieses die Organisationsform der Kader und die Politik der Massenlinie akzeptiert. Die Gruppe formulierte schon konkrete Ansprüche an die ZP: 1. Übernahme von Schulungsleitung 2. Unterstützung auf der Ebene von Recht und Medizin. Das Problem der Betriebsarbeit wird noch diskutiert.

c. APO-Bergedorf

geht hervor aus dem AK Wirtschaft und Betriebe, die sich mit der Wirtschaftspolitik der Heuni Werke befassen. Bisherige Informationen besagen, daß die Gr. recht empiristisch von außerhalb der Betriebe agitiert hat noch stark von Studenten bestimmt ist.

d. Informationen vom Salz-Bergedorf und Salz-Hochallee sollen bis zur nächsten Sitzung eingeholt werden.

5. Plenumsdiskussion:

Es gilt momentan ein Selbstverständnis der ZP und eine Stellung der ZP gegenüber diesen Gruppen zu formulieren. Bis zum Sonntag wird eine komprimierte Einschätzung dieser Gruppen vorbereitet werden und zusammen mit dem Bericht der Genossen aus Berlin diskutiert werden.

Tagesordnung Punkt 1

Diskussion der proletarischen Gruppen

Grundlage für die Diskussion der Po's ist folgende politische Position der Zelle Produktion.

1. Das Industrieproletariat ist das revolutionäre Subjekt
 2. Der Hauptwiderspruch ist nach wie vor vorhanden.
 3. Der Kapitalismus ist nur zu bekämpfen durch eine organisierte Massenbewegung - die Notwendigkeit einer Kaderorganisation ergibt sich heiraus.
 4. Bei der Beurteilung der PO's gehen wir von den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus als geschichtliche Erfahrung der Arbeiterklasse aus.
- Die wesentlichen Beurteilungskriterien für die PO's sind der Stand und die Form der Organisation die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den PO's, und die Funktion, die Intellektuellen in diesen Organisationen zugewiesen wird.

DISKUSSION DES ARBEITERBUNDES

Der AB ist entstanden aus dem SALZ ML, das sich im Herbst 69 vom SALZ abgespalten hat. Vom SALZ ML wurde damals der Anspruch erhoben die Keimform einer neuen Partei zu sein. Dieser Standpunkt ist inzwischen aufgegeben worden und der AB ist in die DKP eingetreten.

Die Kritik der Goltermann-Fraktion am damaligen SALZ ML war die fehlende Praxis und der formale, nicht abgeleitete Aufbau der Organisation.

1. Mitgliederstruktur des AB

Im An sind zwar Arbeiter organisiert - bisher sit aber die Politik des AB, wie bei allen anderen proletarischen Organisationen, von Studenten bestimmt worden. Sie haben den AB initiiert und Theoretisch geführt. Diese theoretische Führung geht auf Buchwissen und nicht auf praktische Erfahrung zurück. Insofern ist auch die Organisation des Ab nur eine mechanistische Übertragung der Organisation des Petersburger Arbeiterbundes.

2. Stellung des AB zur Hochschulpolitik

Der Eintritt in die DKP würde für die Hochschulpolitik bedeuten, daß das Spartakus-Programm, die Einordnung der Studenten als Kleinbürger und die DKP-Position zur Studentenbewegung (?) übernommen wird.

Momentan betreibt der Arbeiterbund keine Hochschulpolitik, da nur zwei Studenten AB-Mitglieder sind, dagegen hat er aber für zwei Altonaer Gruppen (Wohn und Betriebsgruppe) studentische Genossen aus der Basisgruppe Psych. herausgebrochen, ohne diesen Leuten eine Perspektive zu geben und den Arbeitsansatz zu begründen.

Für genauso unausgewiesen hält die ZP die AUSS-Politik im Projektbereich Schule, wo Kader und Massenorganisationsansätze nicht problematisiert, sondern mechanistisch übertragen werden.

3. Stellung des AB zur DKP

Der Ab vertritt die These, daß die DKP in den Betrieben so stark sei, daß man an ihr nicht vorbei käme. Außerdem seien ihr auf Betriebsebene keine Revisionismen nachzuweisen, so daß man sie hier nicht bekämpfen dürfe, da die Arbeiter diesen Kampf nicht verstehen würden und er zur Spaltung der Arbeiterklasse führen würde.

Diese Stellung wird von der Zp nicht geteilt, sondern der Schritt des AB wird wie folgt beurteilt:

Standpunkt nicht mehr akzeptiert werden kann.

Die These von der Verwirrung der Massen stützt sich beim AB nicht auf praktische Erfahrungen, sondern auf Theoretische Einschätzungen.

Der AB ist auf grund einer Schwächeposition und revolutionärer Ungeduld in die DKP eingetreten. Da für Intellektuelle keine richtige Betriebspolitik möglich ist, resigniert der AB vor den praktischen Aufgaben im Betrieb und meint deshalb auf die Erfahrungen der DKP nicht mehr verzichten zu können.

4. Stellung der ZP zur DKP

Die ZP beurteilt die DKP wie folgt (räumt aber ein, daß eine materialistische Kritik an der DKP nur ansatzweise geleistet ist):

Die DKP ist schwach (4-5 Betriebsgruppen 300 SDAj Mitglieder). Die Wahlkampfstrategie war falsch (Bergedorf) und im Falle des Karolinenviertels Nachtrabpolitik.

Die DKP war nicht in der Lage konkret auf Hbg bezogene Probleme aufzuzeigen und ist über ein allgemeines Programm nicht hinausgekommen.

Sie bezog einen revisionistischen Standpunkt in den Septemberstreiks und der Bremer Arbeiterpolitik.

Es wird keine Kaderpolitik betrieben.

Systematische Erfahrungen in bezug auf Betriebs und Strukturanalysen liegen nicht vor. Die Arbeit in einer Strukturgruppe zusammen mit der ZP wurde faktisch sabotiert.

5. Kritik der ZP am Arbeiterbund

Der Ab hat bisher in den Kontaktgesprächen nur Hochstapelei betrieben. Die wesentliche Kritik ist momentan nicht der Revisionismus Vorwurf sondern die tatsächliche Schwäche der DKP! Außerdem begibt sich der AB der Möglichkeit, die Politik in der DKP oder der SDAj mit zu bestimmen, wenn er seine eigene Organisation aufgibt.

Der Ab vertritt teilweise prinzipiell richtige Ansätze, die er aber in der Praxis nicht problematisiert.

6. Vorläufige Schlußfolgerung.

Eine Zusammenarbeit der ZP mit dem Ab wird gegenwärtig abgelehnt. Lediglich Gespräche oder Seminare über Fragen des Revisionismus oder der Gewerkschaften werden für möglich gehalten.

Welche Konsequenzen sollen aus der Feststellung der unterschiedlichen Standpunkte (Asmussen, Degkwitz) hinsichtlich der Einschätzung des AB/DKP gezogen werden, die in der Diskussion deutlich wurden.

Die Frage war, ob der Revisionismus-Vorwurf nur stärker relativiert würde oder ob eine konkrete Zusammenarbeit mit dem Arbeiterbundbestände und die Genossen so versuchen würden, die Zelle für den AB zu benutzen und ihm die Kenntnisse über das Salz mitteilen würden. (Hierbei taucht die Frage auf, inwieweit Ergebnisse z.B. der Strukturanalyse allen PO's zukommen sollen oder nur dem SALZ. Diese Frage ist noch unbeantwortet.)

Nachdem klar wurde, daß es sich bei Degkwitz nur um ein stärkeres Relativieren des Revisionismusvorwurfes handelt und eine enge Zusammenarbeit mit dem Arbeiterbund nicht besteht und Informationen und Kontakte weiterhin nur gezielt und organisiert durch die Zelle vorgenommen werden sollen, einigte sich die ZP auf die Formel: Nach innen offen - nach außen geschlossen. Diese Formel wurde insofern als unbefriedigend empfunden, als sie nicht beantwortet, wo die Offenheit nach innen zu Ende geht und bei welchem Stand der materialistischen Analyse (hier des DKP Revisionismus) ein gegensätzlicher Standpunkt nicht mehr akzeptiert werden kann.

Tagesordnung Punkt 1

Diskussion der proletarischen Gruppen

Grundlage für die Diskussion der Po's ist folgende politische Position der Zelle Produktion.

1. Das Industrieproletariat ist das revolutionäre Subjekt
 2. Der Hauptwiderspruch ist nach wie vor vorhanden.
 3. Der Kapitalismus ist nur zu bekämpfen durch eine organisierte Massenbewegung - die Notwendigkeit einer Kaderorganisation ergibt sich heraus.
 4. Bei der Beurteilung der PO's gehen wir von den Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus als geschichtliche Erfahrung der Arbeiterklasse aus.
- Die wesentlichen Beurteilungskriterien für die PO's sind der Stand und die Form der Organisation, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den PO's, und die Funktion, die Intellektuellen in diesen Organisationen zugewiesen wird.

DISKUSSION DES ARBEITERBUNDES

Der AB ist entstanden aus dem SALZ ML, das sich im Herbst 69 vom SALZ abgespalten hat. Vom SALZ ML wurde damals der Anspruch erhoben die Keimform einer neuen Partei zu sein. Dieser Standpunkt ist inzwischen aufgegeben worden und der AB ist in die DKP eingetreten.

Die Kritik der Goltermann-Fraktion am damaligen SALZ ML war die fehlende Praxis und der formale, nicht abgeleitete Aufbau der Organisation.

1. Mitgliederstruktur des AB

Im AB sind zwar Arbeiter organisiert - bisher ist aber die Politik des AB, wie bei allen anderen proletarischen Organisationen, von Studenten bestimmt worden. Sie haben den AB initiiert und theoretisch geführt. Diese theoretische Führung geht auf Buchwissen und nicht auf praktische Erfahrung zurück. Insofern ist auch die Organisation des AB nur eine mechanistische Übertragung der Organisation des Petersburger Arbeiterbundes.

2. Stellung des AB zur Hochschulpolitik

Der Eintritt in die DKP würde für die Hochschulpolitik bedeuten, daß das Spartakus-Programm, die Einordnung der Studenten als Kleinbürger und die DKP-Position zur Studentenbewegung (?) übernommen wird.

Momentan betreibt der Arbeiterbund keine Hochschulpolitik, da nur zwei Studenten AB-Mitglieder sind, dagegen hat er aber für zwei Altonaer Gruppen (Wohn und Betriebsgruppe) studentische Genossen aus der Basisgruppe Psych. herausgebrochen, ohne diesen Leuten eine Perspektive zu geben und den Arbeitsansatz zu begründen.

Für genauso unausgewiesen hält die ZP die AUSS-Politik im Projektbereich Schule, wo Kader und Massenorganisationsansätze nicht problematisiert, sondern mechanistisch übertragen werden.

3. Stellung des AB zur DKP

Der AB vertritt die These, daß die DKP in den Betrieben so stark sei, daß man an ihr nicht vorbei käme. Außerdem seien ihr auf Betriebsebene keine Revisionismen nachzuweisen, so daß man sie hier nicht bekämpfen dürfe, da die Arbeiter diesen Kampf nicht verstehen würden und er zur Spaltung der Arbeiterklasse führen würde.

Diese Stellung wird von der ZP nicht geteilt, sondern der Schritt des AB wird wie folgt beurteilt:

Standpunkt nicht mehr akzeptiert werden kann.

Protokoll vom 28.4.70

- 1) Veröffentlichung der Seminarergebnisse in APO-Press und Verhalten gegenüber AstA und "ALZ
- 2) Was bedeutet ein Geheimhaltungsbeschluss der Zelle ?
- 3) Schulung in den BGs und in der Zelle
- 4) WiSo-ML-Fraktion

ad 1) Die Ergebnisse des ZP-Seminars sollen so in der APO-Press veröffentlicht werden, dass den Lesern der Entwicklungsprozess seit dem Strategieseminar im Jan.70 vermittelt wird, und ein Nachvollzug des Hochschulkonzepts und Organisationsprinzips möglich ist. Der Schwerpunkt der Darstellung soll ~~xx~~ ~~kingen~~, dass der ~~Begründung~~ Begründung liegen, warum die Organisation an der Uni vorangetrieben werden muss. Die Zielgruppen für diese Veröffentlichung der APO-Press kann nicht wie bisher diffus mit " HH Arbeiter, Studenten, Schüler" bestimmt sein, sondern sollen die BGs sein, die bereits entsprechend organisiert sind oder eine ähnliche Entwicklung einleiten. Die Veröffentlichung soll eine Diskussion in und mit diesen Gruppen initiieren. Die Auflage ist entsprechend zu reduzieren.

Das Redaktionskollektiv Arwed, Heiner, Fritz legt am Montag der Zelle einen Entwurf vor und wählt einzelne Protokolle für einen Anhang aus. Montagnacht soll der Druck beginnen und damit die Geheimhaltungsverpflichtung aufgehoben werden.

Gegenüber dem AstA und dem "ALZ soll keine generelle Geheimhaltung gelten, weil zumindest ein Papier bereits weitergegeben wurde und damit die Gefahr der Fehlinterpretation durch Teilergebnisse gegeben ist. Dadurch, dass 3 Genossen (Arwed, Heiner, Helmut) an der AstA-Sitzung am Mittwoch teilnehmen kann eine individuelle Interpretation der Ergebnisse vermieden werden, auch wenn die Vereinheitlichung durch die abschliessende Diskussion des APO-Press Artikels noch nicht stattfand.

AstA Die Verbindung von AstA und ZP ist personell durch Arwed und 2 Basisgruppenreferenten gegeben. (Helmut, Helga oder Eberhard) Eine politische Diskussion über die Bestimmung der Hochschulpolitik und Funktion des AstA kann bisher innerhalb des AstA nicht zustande. Trotzdem sollte einer der Basisgruppenreferenten (Helmut) dem AstA gegenüber die politische Perspektive der ausseruniversitären Arbeit mit POs vertreten. Das setzt voraus, dass dieser Referent auch in der Kontaktgruppe des ZP arbeitet.

ad 2) Am Beispiel einer Verletzung der Geheimhaltungsvereinbarung in Bezug auf das Seminar am 25.4. wurde versucht einen Prozess der Kritik und Selbstkritik einzuleiten. Der Genosse K wollte diesen Punkt nicht formal sondern inhaltlich diskutiert sehen. Er habe mit der Veröffentlichung von Teilergebnissen über die Diskussion um die Jur-Fak weder den Bestand der Zelle gefährdet noch die Widersprüche in der BG Jur aufgehoben höchstens verschärft, was Voraussetzung zur Lösung sei. Auch werde er nach Veröffentlichung des Vereinheitlichten Protokolls weiterhin seinen speziellen Standpunkt gegenüber den BG-Mitgliedern vertreten.